

Praktikum | 23.03.2017 | Nr. 201/17

## **Hans Hinrich Neve: Praktika sind unverzichtbar, um sich einen Eindruck vom Berufsbild und vom beruflichen Alltag zu machen**

Es gilt das gesprochene Wort

Praktika sind unverzichtbar, um sich einen Eindruck vom Berufsbild und vom beruflichen Alltag zu machen. Das Schülerpraktikum ist ein „Hineinschnuppern“ in einen Betrieb oder eine Verwaltung und dient der Berufsfindung. Allerdings sind die Praktika für den jeweiligen Betrieb oder die Verwaltung mit viel Aufwand verbunden.

Gleiches gilt auch für ein Pflichtpraktikum, das im Rahmen eines Studiums erforderlich ist. Dass der Bezug zur Praxis wichtig ist, beweist die duale Berufsausbildung in Deutschland. Dafür werden wir weltweit bewundert. Dies vorweg.

Nun zum Petitum des Antrages der PIRATEN:

Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Studienabschluss sollen vom Land nicht mehr als Praktikanten, sondern als bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt werden. Und es soll ein jeder Praktikant „eine angemessene Vergütung“ von mindestens 300 Euro erhalten. Freiwillige Praktika sollen zudem auf maximal drei Monate begrenzt werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten-Fraktion, in der letzten Debatte zu diesem Thema hatte ich schon ausgeführt, die Hürden für Praktikumsplätze nicht zu hoch zu setzen. Ansonsten können junge Menschen wichtige Erfahrungen nicht mehr sammeln. Entscheidend ist vielmehr – bezogen auf das vorgelegte Petitum - ob das Praktikum ein „Hineinschnuppern“ in einen Betrieb darstellt oder eine Ähnlichkeit mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz hat.

Jeder Praktikant – ob mit oder ohne Berufsausbildung – ist frei in seiner Entscheidung, ob er ein Praktikum unter den jeweiligen Bedingungen durchführen möchte. Die Dauer eines Praktikums und die inhaltliche Ausgestaltung der Tätigkeiten müssen Praktikanten und Betriebe im Vorwege vereinbaren. Den dazu gültigen Rahmen hat der Gesetzgeber ja bereits schon auf den Weg gebracht.

Ihre Vorschläge führen aber dazu, dass die Bedingungen und Hürden für die Betriebe und Verwaltungen noch höher sind. Und mir berichten die mittelständischen Unternehmen bereits schon jetzt, dass sie unter diesen – von Ihnen geforderten –

Umständen nicht bereit sind, weitere Plätze zur Verfügung zu stellen.

Das geht also zu Lasten der Verfügbarkeit von Praktikumsplätzen und das wollen wir nicht! Steht nicht der Ausbildungs- und Lernzweck im Vordergrund, sondern die Arbeitsleistung, ist es kein Praktikum. Dann gelten andere arbeitsrechtliche Regelungen.

Die CDU sieht hier keinen weiteren Regelungsbedarf. Ihr Antrag ist wirtschaftsfeindlich, dient nicht dem Erhalt von Praktikumsplätzen. Deshalb lehnen wir ihren Vorschlag auch ab!